

Wechsel 1998 Die neue Mehrheit

Richard Jilka

Die hundert Tage sind vorbei. Und mehr noch. Vielleicht ist es deshalb an der Zeit, einmal daran zu erinnern, wie das damals war, im Oktober 1998.

Denn:

Wir haben es tatsächlich geschafft!

Wir haben Ihn abgewählt. Das erste Mal in der Geschichte unserer Republik wurde ein Kanzler vom Volk abgewählt. Wir haben die Wahl tatsächlich deutlich gewonnen. Links ist sogar noch Luft, wenn es eng wird, aber gegen die alten Bürger geht, wird man Linksaußen mit unserer Regierung stimmen.

Vielleicht wird sich bald kaum noch einer von uns erinnern, was das bedeutet hat, welche Entspannung, ja Befreiung langsam durch unsere Köpfe und Herzen gegangen ist, nicht im Jubel, nein, langsam nach Tagen erst begreifen wir, daß er, der dicke und selbstherrliche Vater nun abgedankt ist. Noch hält man die Luft an. Was könnte nicht noch alles mißlingen; verdrückt sich Schröder doch zu den Liberalen, halten die Grünen etwas Disziplin, machen sie mit? Jetzt bloß keinen Patzer machen, dazu bleibt später noch Zeit genug. Lärmende Freude macht sich nicht breit, nur ein warmes Gefühl im Bauch, wir haben gewonnen, manchmal kribbelt die Freude bis unter den Haaransatz: er ist weg. Und mit ihm die ganze Generation der alten, überheblichen Neinsager, der bürokratischen, alternativ- und einfallslosen Technokraten mit ihren engstirnigen Methoden und langweiligen Sprüchen aus einer vergangenen Zeit. Das war überfällig. - Wie schön und verführerisch es ist, im eigenen Land einmal "Wir" denken und sagen zu dürfen.

Da war das stille Einvernehmen der jüngeren, der unter 50jährigen vor der Wahl. Im Hausflur, ich war in Berlin, zwinkerte mir die junge Frau zu: "gehen Sie jetzt wählen, ja?". und auf der Straße die Jugendlichen: "Sie gehen jetzt wählen, ja?" Ein untersetzter Herr von mitte 50 kaufte am Kiosk die Taz, unsere Augen treffen sich lächelnd. Verstohlen lächelte man einander zu, als ahne man voraus, daß wir nun Schluß machen würden mit ihm und den seinen. - Nach der Wahl blieben alle ruhig, etwas entspannter als vorher. Auch auf dem rötlichen Kreuzberg kam es nicht zu spontanen Kundgebungen wie etwas in Frankreich bei vergleichbaren Anlässen, wo nach der Präsidentenwahl die einen

mit Nelken oder die anderen mit Trikoloren ins Zentrum pilgern, um zu feiern; nach jenem unseligen Fackelzug 33 haben sich solche Traditionen in unserem Land nicht eingebürgert; außerdem haben wir (noch?) kein allgemein anerkanntes Zentrum. Die "neue Mitte", also unsereiner soll die Wahlen gewonnen haben; im 38ten Lebensjahr beginne ich mir erwachsen vorzukommen, als sei es nun tatsächlich mein Land, in dem auch unsereiner Vorstellungen haben und vortragen darf, vielleicht sogar mehr.

Beinahe körperlich ist zu spüren, daß Geschichte gemacht wird. Wochenlang klingt es wie eine Fiktion: Schröder im Elysée, Wiederbelebung der eingeschlafenen deutsch-französischen Beziehungen für Europa, beinahe alle europäischen Länder werden von "links" regiert - noch vor 10 Jahren schwadronierte die neokonservative Häme vom "Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts" - rot-grüne Koalitionsverhandlungen, Oskarchen droht mit kampfesmutiger Faust den Spekulanten in Banken und Börsen, Henkel, Hund & Co schmeicheln sich an die neue Regierung heran, der Dicke ist weg, heult noch was, die Koalitionsverhandlungen verlaufen zügig und reibungslos, Joschka Außenminister, Tritin redet wichtig mit. Taz Regierungsblatt, FAZ Oppositionsblatt. - TAZ Regierungsblatt! Ist das tatsächlich der Einstieg in den gesellschaftlichen Umbau, in den überfälligen Umbruch der bestehenden Unordnung und nagenden Ungerechtigkeit? Sollten sich nun Revolten im Rahmen institutionell abgesicherter Wahlen vollziehen? Wohl kaum. Es war keine gesellschaftliche Revolte, sondern bloß der Überdruß an den Alten, deren Anhängerschaft sich wahrscheinlich auch biologisch reduziert hatte. Der Bilderbuchwechsel vollzieht sich ohne falsche Hoffnungen, manche bemängeln das Fehlen von Schwung und Aufbruchsstimmung, der vom Bundespräsidenten schon vor Jahr und Tag geforderte "Ruck" geht nicht durch die Gesellschaft. Abwarten ist angesagt.

Die Neuen werden es schwer haben. Auch ohne den Willen zu einem Neuansatz stehen die traditionellen Politkonzepte vor ungeheueren Herausforderungen. Die Börse schwankt mehr als üblich, Europa fordert seine Tribute, Globalisierung und Weltwirtschaftskrise drohen, der Absatz geht zurück, Vollbeschäftigung ist dermaßen unglaubwürdig geworden, daß sie nicht einmal von den heißblütigsten Wahlkampfrednern versprochen wird, die ungeheuerere Schuldenlast minimiert den Handlungsspielraum der Regierung, die Reformierung der Verwaltung und Gesetzgebung ist überfällig und wird von mächtigen Interessengruppen blockiert; ein unabsehbarer Berg herkömmlicher Probleme muß bewältigt werden. Die konventionellen, dogmatisch gelehrten Konzepte der traditionellen Politik haben, da sie in mehr als 10 Jahren, unter z.T. außeror-

dentlich guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, keinerlei Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushaltes, zur Linderung der sich verschärfenden sozialen Härten und der unter den gegebenen gesellschaftliche Bedingungen verhängnisvollen Arbeitslosigkeit geleistet haben, offensichtlich abgewirtschaftet. Aber bei der ängstlich um breiten Konsens besorgten politischen Praxis in unserer Demokratie, in der vor beinahe jeder Entscheidung z.T. verzweifelt nach einem Kompromiß zwischen allen betroffenen organisierten Gruppierungen gesucht wird, wird sich eine klare Linie, gar mit experimentierfreudigen, unorthodox gearteten Methoden nicht verfolgen lassen. Man neigt bei uns dazu, jeden Vorschlag so lange und ausgiebig zu zerreden, bis ihm jeder Anschein des Gewagten und Neuen abhandengekommen ist. Man wagt lieber gar nichts, als sich dem Vorwurf kleiner Ungereimtheiten auszusetzen und Unstimmigkeiten in Kauf zu nehmen; oder gar Leute, die einen nicht mögen. Die meisten meiner behäbigen Landsleute fürchten alle über Flitter und Verzierung hinausgehenden Umgestaltungen und Neuheiten, Handy und Internet ja, Reform des Sozialversicherungssystems nein, deshalb haben sie den Dicken so lange gewollt. Dies ist kein Land der Umstürze und Revolten. - Und wir sind auch nicht die Leute, die geeignet sind, einer Regierung besonders hilfreich zu sein, diese unterstützen wir eher halbherzig aus Furcht vor der Wiederkehr der alten Schwätzer, deren Gesichter wir längst nicht mehr sehen wollten.

Nach der Stagnation, der Unbeweglichkeit namens Kohl wagt man kaum noch zu hoffen. Wir haben mit der Unbeweglichkeit zu leben, vielleicht sogar zu denken gelernt. Sollte sich nun dennoch nach all dem Stillstand merklich etwas bewegen, oder wird man beim herumkurieren an Symptomen bloß einige Akzente verschieben, indem Finanzmittel aus diesen in jene Töpfe umgeleitet oder durch neue Schulden Probleme vertagt werden? Ist in dem eng verflochtenen Netzwerk unserer politischer Kasten und Institutionen überhaupt, entsprechenden Willen vorausgesetzt, durchgreifende Veränderung möglich? Oder muß sich nicht zwangsläufig sogar der beste Wille bald in dem verschränkten Räderwerk unserer politische Kräfte festfahren? Dürfen wir zaghaft auf politisch gesellschaftlichen Wandel hoffen? Dergleichen ist eigentlich unter uns anstößig geworden. Nicht nur jede politische Utopie wurde in den ungeheueren Gewaltanstrengungen des 20. Jahrhunderts verschlissen, sondern sogar die Hoffnung auf gesellschaftlichen Wandel wurde untergraben, indem wir im Westen nach der letzten Revolte vor sage und schreibe dreißig Jahren gewohnt und ausgiebig trainiert wurden, Sachzwänge wie Denkwänge aufzufassen, gegen die anzudenken als abwegig und lächerlich gilt. Die Grundsätze des ungezügelter Marktes und seiner Wirtschaft, des sogenannten "Unterbaus", gelten weithin

als unantastbar, sie stehen jenseits der veröffentlichten Kritik und Diskussion, vor ihnen hat sich alles ehrfürchtig zu beugen. Aber ohne eine durchdachte Konzeption, deren kritisches Fragen und deren konstruktive Vorschläge auch vor bisher allgemein anerkannten Thesen nicht halt macht, ist zukunftsorientiertes Handeln unmöglich.

Gibt es überhaupt im Umfeld der neuen Mehrheit eine am Möglichen orientierte, umfassende Konzeption für eine alternative, vielleicht zaghaft andersartige, sich auch anderer Maßstäbe und Methode bedienende Politik, gemäß der mit dem überfälligen sozialen und ökologischen Umbau der Gesellschaft begonnen werden könnte? Auch wegen dieses manchmal erwähnten Versprechens, und nicht bloß um den alternden Dicken los zu werden, kam es zu dieser neuen Mehrheit. Gibt es irgendwo im politischen Raum eine tragfähige Theorie für eine politische Ökonomie, die in wirtschaftlichem Wachstum und entsprechender Expansion, d.h. im Raubbau an Mensch und Umwelt, nicht mehr den wichtigsten Angel- und Zielpunkt gesellschaftlichen Handelns sieht? Von den "Konservativen" waren wir ja bisher gewohnt, daß ihre Wertediskussion, ihr endloses Klagen über den Verfall der Moral ihrer Kinder bloß als Verzierung, als förderlicher "Überbau" einer sich brutalisierenden ökonomischen Wirklichkeit diene. Gibt es nun Zielpunkte einer politischen Ökonomie, wonach zum Beispiel - seit ohne Furcht! vielleicht in weiter Ferne - Erwerbsarbeit nicht mehr der alleinige Schlüssel zu einem menschenwürdigen Leben unter uns ist, sondern Erwerbs-Arbeitslosigkeit vielleicht auch eine besondere Lebenschance bedeuten könnte, die sogar der Gemeinschaft zu Gute kommen kann. Oder wonach es dereinst unnötig sein könnte, Doppelverdiener oder Steuerhinterzieher zu sein, um mit einer Familie in unseren Innenstädten wieder eine Wohnung beziehen zu können. Und wenn es eine entsprechende Konzeption gibt, vielleicht in den Schubladen und Geheimfächern der Friedrich-Ebert-Stiftung, wo man manchmal von einem "Dritten Weg" zwischen Sozialismus und Kapitalismus munkeln hört, darf sie dann der Kanzler einfach dem Wahlvolk ins Gesicht sagen? Müßte er nicht fürchten, vollkommen mißverstanden und von einer Woge der Verunsicherung, Angst und Empörung direkt hinweggefegt zu werden? Denn zweifelsohne müßte mit einer neuen Konzeption an Grundüberzeugungen unserer Arbeitsgesellschaft gerüttelt werden. Aber wenn diese unsere Gesellschaft, also wir, keine anderen Überzeugungen mehr kennt, würde ihr damit glatt der Boden unter den Füßen weggezogen werden. Das läßt keiner mit sich machen.

Ist der angestrebte Verzicht auf die Atom-Energie mehr als eine populäre oder ideologische Forderung, der mit seinen tiefgreifenden Konsequenzen durchdacht wird? Wenn ja, darf darüber öffentlich gesprochen werden? Auch von Angehörigen der Regierung? Dieser Verzicht, wenn er nicht unredlicher Weise durch den vermehrten Aufkauf von Energie z.B. aus Frankreich ausgeglichen wird, läßt sich langfristig durch Einsparen oder das Erschließen neuer Energie-Quellen, Wunder-Waffen, nicht ersetzen. Bei diesem Verzicht geht es unterschwellig um die materielle Substanz unserer Gesellschaft; um unsere gewohnte Lebensform. Die Abkehr von der Utopie unbegrenzten Energieverbrauchs beinhaltet den Verzicht auf grenzenloses Wirtschaftswachstum. Sollte Tritin das wissen und deshalb so vehement sein Projekt verfolgen?

Wenn ernsthaft an den Umbau der Gesellschaft herangegangen würde, müßten sich unsere traditionellen, lange gewohnten, geförderten, eingeübten und mediengewaltig verbreiteten Vorstellungen vom den Zielen und Zwecken unseres Wirtschaftens wandeln. Dergleichen läßt sich von sogenannten Volksparteien im öffentliche Raum ganz schlecht verkaufen. Denn die Folge wäre zwangsläufig die Verringerung des materiellen Wohlstandes gerade der Mittelschichten, z.B. der Lehrer, unter Umständen sogar der wirklich Wohlhabenden. Schluß mit Fernreisen und dem ewigen Bauen von Einfamilienhäusern. Als Entschädigung winken mehr freie Zeit, mehr Ruhe, vielleicht sogar Stille, nachlassender Leistungsdruck, ein entspannteres, erfüllteres Leben in Familien oder Freundeskreisen, Expansion in die Innerlichkeit, mehr Muße für die Beschäftigung mit Kunst oder Spiel, sei es Ernährung oder Sport usw. Fortschritt würde anders bestimmt werden müssen. - Wie oft haben wir dergleichen in unseren knappen Mußestunden gelesen oder am Biertisch beredet. Könnte es nun ernst werden? Vielleicht wurde die neue Mehrheit von einigen von uns auch deshalb gewählt, vielleicht? Vielleicht weiß mancheiner in den neuen Regierungsparteien darum, und sie wagen nur nicht öffentlich darüber zu reden, was sie in ihren knappen Mußestunden gelesen oder am Biertisch beredet haben. Aber vielleicht suchen sie in ihren Gremien, Ausschüssen, Stiftungen und Beiräten nach "intelligenten" Lösungen. Das heißt, um einen heimlichen Anfang zu machen, suchen sie nach Lösungsansätzen im inneren der Verwaltungsapparate, im Gestrüpp der Finanzverteilung, im Geflecht der Gesetze, aber äußerlich bleibt für den Bürger, um ihn keinesfalls zu verunsichern, zunächst alles beim alten, während sich drunten schleichend die Grundlagen wandeln. Plötzlich gibt es die Grundrente, aber sie heißt immer noch Sozialhilfe. Die Familie bleibt die Keimzelle der Gesellschaft, aber homosexuelle Paar können sich Gelmeinschaft nennen und vergleichbare Rechte beanspruchen. In Generationen gewöhnen

wir uns daran, das dunkelhäutige Menschen nicht nur deutsch sprechen, sondern auch sind. - - Vielleicht verfolgt, um keinen von uns zu beunruhigen, die neue Regierung ein Erziehungskonzept, - wo ist das Curriculum? - mit dem Ziel der schleichenden Umgestaltung der Umstände im Wechselspiel mit einer ebenso schleichenden Umgewöhnung des Denkens. -

Um auf diese Weise etwas Vorzeigbares zu bewirken sind mindestens acht Jahre notwendig, aber warum sollte es zu einer Wiederwahl kommen, wenn nicht schon nach etwa drei Jahren greifbare Erfolge vorgewiesen werden können? Warum sollten die Neuen die Mehrheit bleiben, wenn sie nicht deutlich glaubhafte Pläne und Ziele für die Zukunft auf den Tisch legen und mit Überzeugung und Willenskraft verfolgen? Sollte bloß aus Furcht vor der Rückkehr der Alten eine Wiederwahl möglich sein? Stoiber könnte es möglich machen. Aber wenn bloß an Symptomen herumkurieren wird, ein paar Akzente unmerklich verschoben werden, etwas Geld von diesem in jenen Bereich umgeschichtet wird, ein bis zwei Prozentpunkt dort gesenkt und hier gesteigert werden, bleibt alles beim alten, ohne daß ein Beitrag zur Lösung bestehender und zukünftiger Probleme und Herausforderungen geleistet wird, die sich mit den Jahren weiter verschärfen und vermutlich sogar brennend werden können. Da ist es beruhigend zu wissen, daß wir kein Volk mit besonderer Neigung zu Revolten sind.

Die Abwahl vom Oktober 1998 war ein Versuch, vom Alten und Verbrauchten los zu kommen und unsere Gesellschaft wieder zu humanisieren. Genaue Ziele sind nicht festgelegt; können es in einer Demokratie nicht sein, denn sie müssen ja gemeinsam besprochen und verfolgt werden. Nein, Schröder ist kein richtungsweisender Zivilisator, sondern ein Funktionär, ein modern gewandeter Mann der Macht. Aber wo der vorherige Kanzler nur Spott und Verachtung für intellektuelle Kritik übrig hatte und sich über ihre Einwürfe mit der Selbstverständlichkeit des reinen Machtmenschen hinweg setzte, zeigt der neue Bereitschaft, dem Geist Türen zu öffnen. Vielleicht läßt sich von der schleichenden Kraft "intelligenter" Lösungen doch etwas erhoffen. Gute Vorzeichen sind: keine überzogenen Versprechungen, keine Euphorie, Reformwille im Rahmen des Budgets. Vielleicht entfaltet ein erneuerndes Denken mit der Zeit durch die Wiederbelebung von öffentlicher Diskussion und Dialog eine normative Kraft des Faktischen. Vielleicht bewirkt das alte, oft enttäuschte und geschmähte Vertrauen der Aufklärung in das wohlwollend bemühte Gespräch, bei dem in der endlosen gemeinschaftlichen Auseinandersetzung um eine gute Lebens- und Handlungsweise viele Partner mit ihren Bedürfnissen, ihrem Wissen und ihrer Leistungskraft zusammenwirken, doch eine Entkrampfung, eine langsame

Umgestaltung unseres Denkens und Handelns. Bei den ersten Versuchen der neuen Mehrheit verschiedene Widersprüche öffentlich auszutragen und vorzudiskutieren sind Massenmedien und Öffentlichkeit zunächst überfordert, erwarten bei jeder Meinungsverschiedenheit den Bruch der Koalition, anstatt zu bemerken, und zu honorieren, daß Politik so etwas transparenter wird. Vielleicht gewöhnen sie sich an den neuen Stil. Oder wird sich die neue Mehrheit der gewohnten Praxis anpassen müssen? - Wahrscheinlich wird dieser Versuch, nicht bloß am Wünschbaren bemessen, traurig enden. Seit den Freiheitskriegen sind hierzulande beinahe alle wesentlichen Entscheidungen dumm gelaufen. Immer wieder schleichen sich tragische Konstellationen ein.

Aber es sind ja erst hundert Tage vergangen, und etwas mehr.

18. Februar 1999